machen die Werkstatt Dresden-Friedrichstadt und Bahnhof Dresden-Friedrichstadt:

Werkstatt Dresden-Friedrichstadt: RGO 128 Stimmen (167), 1 Mandat (2), EdE 658 Stimmen (798), 10 Mandate (9).

Die RGO verlor 39 Stimmen und der EdE 140 Stimmen, der RGO fehlten 2 Stimmen zu ihrem 2. Mandat.

Bahnhof Dresden-Friedrichstadt: RGO 42 Stimmen (62), 1 Mandat (2), EdE 146 Stimmen (170), 6 Mandate (5).

Zweifellos spielen auf diesen Dienststellen die Massenverschiebungen und Entlassungen von Personal eine große Rolle und mußte sich stärker auswirken. Des weiteren wurde vom Einheitsverband in einer nicht zu überbietenden Hetze gearbeitet. Dessen ungeachtet muß aber ernsthaft Stellung genommen werden, wie weit Mängel und Schwächen in der revolutionären Betriebsarbeit vorhanden sind. Wenn auch die Reformisten gewaltig an Stimmen verloren, so ist auf der anderen Seite ein Rückgang an revolutionären Stimmen in der gegenwärtigen Situation ein Zeichen dafür, daß bestimmte Mängel unserer Arbeit vorhanden sind. Nach Vorliegen des Gesamtresultats werden wir eingehend zu den Wahlen Stellung nehmen.

Zweifellos wurde auf den Dresdner Dienststellen ein gewaltiger Erfolg erzielt und das Vertrauen der Arbeiter zur RGO ist gewaltig gestiegen. Geradezu glänzend sind die Ergebnisse bei den Bahnmeistereien. Auf vielen Dienststellen, wo östlich keine roten Listen standen, haben die Eisenbahnerkumpels in einer gewaltigen Steigerung gegenüber 1930 gezeigt, daß ihr Vertrauen der RGO gehört.

Weitere Berichte über Ergebnisse aus dem Bezirk und dem Reiche folgen.

Die blutige Naziprovokation

Fortsetzung von Seite 1

Limbach ist als Naziнest bekannt. Ein organisierter Ueberfall auf Arbeiter hat dort den anderen gejagt. Jetzt zeigt sich deutlich, woher die von den Industriellen dort aus aller Welt zusammengehaltenen Nazis den Mut nehmen, so provokatorisch gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Aber die, die es angeht, sollen sich täuschen. Die revolutionären Arbeiter, denen man in der bürgerlichen Presse einen planmäßigen Ueberfall aus dem Hinterhalt anzudichten versucht, ehe auch nur irgendeine Feststellung vorliegt, verschmähen solche Methoden.

Die Nazиführer, die es nicht wagen dürfen, in ihren Versammlungen kommunistische Diskussionsredner zuzulassen, nur sie haben ein Interesse daran, eine Athmosphäre zu schaffen, in der sie gemeinsam mit der Polizei des kapitalistischen Klassenstaates gegen „Verbrecher" vorgehen können. Die Gewißheit ihres Sieges nehmen die revolutionären Arbeiter aus der Massenwucht ihrer Klasse, die um ihre Existenz kämpft und den Faschismus besiegen wird.

In Reichenbach im Vogtland demonstrierten 2500 Arbeiter. In der Schlußkundgebung auf dem Marktplatz waren weit über 5000 Teilnehmer vorhanden. Genosse Leow sprach für den Kampf gegen den Faschismus. Während der Schlußkundgebung, als die Agitproptruppe spielte provozierten Nazis durch Rufe. Den Arbeitern bemächtigte sich eine große Empörung und sie wandten sich gegen die Nazis. Darauf stürmte Sipo mit aufgepflanzten Bajonetten und entsicherten Karabinern auf die Demonstrierenden los und begann eine wilde Stocherei und Schlägerei. Drei Schwerverletzte und etwa 20 Leichtverletzte waren das Opfer. Eine Frau erhielt einen Gewehrkolbenschlag gegen den Unterleib und wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht und zwei Arbeiter liegen im städtischen Krankenhause, die mehrere Kolbenschläge auf den Kopf erhalten hatten. Bei dem einen besteht Lebensgefahr.

Sächsische Polizeioffiziere bei den Nazis

Das Chemnitzer SPD-Organ veröffentlicht eine aufsehenerregende Meldung, wonach die Chemnitzer SA Essen aus der Polizeikaserne am Zeisigwald bezieht. Küchenoffizier ist Oberleutnant Baier, der eingeschriebenes Mitglied der Nazis ist. Außerdem nennt sie folgende Chemnitzer Offiziere als eingeschriebene Nazi-Mitglieder:

Polizeioberstleutnant Höfert, Major Facius, Major Blaaß, Hauptmann Claus, Hauptmann Trepton, Oberleutnant Heymann, Oberleutnant Claus, Oberleutnant v. d. Pusche.

Diese alarmierende Meldung erklärt die Vorgänge in Limbach und Reichenbach; denn die hier angeführten Namen geben bestimmt nicht die vollständige Zahl der Nazis in der Polizei wieder.

Dieser selben Polizei hat jedoch die SPD-Presse bei allen Angriffen gegen die Kommunisten die Steigbügel gehalten. Jetzt werden die ehrlichen SPD-Arbeiter erkennen, wer die Schuld an den Zusammenstößen trägt und an wessen Händen das Blut der proletarischen Opfer klebt. Die SPD-Presse hat sich durch ihre Hetze gegen die Kommunisten mitschuldig gemacht! Dieses Kainszeichen wird sie niemals austilgen können!

Berlin, den 10. Mai.

Der Streik im Fuhrwerksgewerbe hat am Sonnabend früh voll eingesetzt. 500 Betriebe werden bestreikt. Rund 2000 Kutscher Begleiter und Hilfsarbeiter befinden sich im Ausstand. Heute will der Schlichtungsausschuß zu dem Konflikt Stellung nehmen. Die Gewerkschaftsbürokratie gibt sich alle Mühe, um so schnell wie möglich den Streik abzubrechen.

In der [illegible] Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Vorlage über das Bewag-Projekt mit einer knappen Mehrheit von 104 gegen 100 Stimmen angenommen. Somit ist das größte Werk der Stadt Berlin und das größte Elektrizitätswerk Deutschlands den kapitalistischen Profit-Hyänen ausgeliefert worden. Für die Verschacherung des Berliner Elektrizitätswerkes stimmten die Sozialdemokraten. Der Magistrat trat sofort nach Schluß der Stadtverordnetenversammlung zu einer kurzen Sitzung zusammen und stimmte dem Beschluß des Stadtparlaments zu. Dies ist ein treffendes Beispiel der sozialdemokratischen Gemeindepolitik, die schuld daran ist, daß das kommunale Eigentum an die kapitalistischen Profitjäger ausgeliefert wird.

Bonze holt Polizei gegen SPD-Arbeite

Oppositionelle Reichsbannerkapelle marschiert mit der KPD!

Wie die Hamburger Volkszeitung meldet, hat der SPD-Polizeipräsident in Harburg auf Anweisung des SPD-Ortsgruppenvorsitzenden eine Besprechung oppositioneller SPD-, SAJ- und Reichsbanner-Mitglieder polizeilich verbieten lassen. Die zur Besprechung kommenden Arbeiter fanden das Lokal von der Polizei abgeriegelt. Dem Wirt wurde mit Konzessionsentziehung und Geldstrafe gedroht.

Dieser unerhörte Vorgang hatte ein bezeichnendes Vorspiel: Ein oppositioneller SPD-Arbeiter Andreas in Neugraben, der zum vorbereitenden Ausschuß für die Konferenz oppositioneller Sozialdemokraten gehört, hatte für Harburg die klassenbewußten SPD-Mitglieder und Reichsbannerarbeiter zu einer Besprechung geladen. Darauf erschien am Vormittag des Freitag der Ortsgruppenvorsitzende Grabbert bei seinem Parteigenossen Andreas und forderte ihn auf, diese Besprechung abzusagen. Aber Versprechungen und Drohungen nutzten nichts. Andreas blieb fest und erklärte, er sei nicht gewillt, im Panzerkreuzerpfuhle widerstandslos unterzugehen, er wolle die Parteimitglieder gegen die Verräterpolitik der Führer mobilisieren. Da erfolgte die Entlarvung des SPD-Vorsitzenden. Wütend erklärte er, nunmehr **werde er durch seinen Parteifreund Wenker, den Polizeipräsidenten, die Geschichte erledigen lassen.** Würde dieser das nicht machen können, so würde er mit seinen Anhängern die Versammlung mit Gewalt verhindern. Der saubere Bursche brauchte jedoch dieses letzte Mittel nicht anzuwenden. Die „republikanische" Polizei unter SPD-Kommando besorgte dieses innerparteiliche Geschäft des Herrn Welo und hielt mit dem Gummiknüppel und Bajonett die SPAJ-Arbeiter von ihrer Beratung an diesem Abend ab.

Mit tiefer Empörung muß diese Meldung alle ehrlichen klassenbewußten SPD-Arbeiter erfüllen, aber nicht nur die SPD-Arbeiter — die gesamte Arbeiterschaft empfindet diesen Vorgang als eine Beschimpfung der ganzen Klasse durch die sozialfaschistischen Bonzen. Dieses Ereignis zeigt auch, was und wer ein Sozialfaschist ist, beweist aber auch, daß der sozialdemokratische Arbeiter nicht gleichgestellt werden darf mit dem sozialfaschistischen Staatsfunktionär und dem Postenbesitzer von Welo' Gnaden. Die Tiefe, im Grunde unüberbrückbare Kluft trennt bereits diese beiden Schichten im SPD-Lager. Die Verschärfung der Klassengegensätze zwingt auch den SPD-Arbeiter zur Entscheidung gegen die Führer, die unlösbar verknüpft sind mit dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Gesellschaft.

Daß dieser Gegensatz auch auf die Massenorganisationen übergreift, die unter SPD-Führung stehen, zeigt auch eine Meldung aus Neuhaus. Dort hat das Reichsbanner am 1. Mai **die Kapelle der KPD zur Verfügung gestellt,** weil diese im Gegensatz zur SPD zur Arbeitsruhe aufgefordert und eine Demonstration am Nachmittage durchführte. Der SPD-Referent Paul Lüneburg wollte dafür die Reichsbannerleute schuhriegeln. Sie ließen ihn jedoch nicht zu Worte kommen, sondern erklärten:

„Jetzt treten wir in die Kommunistische Partei ein, da können wir auch diskutieren."

Auch dieser Vorgang wirft ein grelles Schlaglicht auf die wachsende Rebellion der SPD-Arbeiter gegen den Sozialfaschismus. Die revolutionären Arbeiter erkennen daraus, daß die SPD-Arbeiter in ihrem Drange nach Befreiung vom klassenverräterischen Kurs ihrer Führer mit ihnen diskutieren wollen, darüber hinaus auch in ihren Reihen zu kämpfen bereit sind.

Der kommende SPD-Parteitag, der im Zeichen dieser Auseinandersetzungen steht, wird den Tausenden noch schwankenden SPD-Proletariern die Augen öffnen über die politische Korrumpiertheit ihrer Führer, er wird auch die Illusionen über die „linken" Führer, die in der Praxis alle Verbrechen der Rechten decken, zerstören. Um so stärker wird die gesunde Arbeiteroppositionelle Mitgliedschaft dem Wunsche nach Einheitsfront mit den Kommunisten Ausdruck verleihen. Die proletarische Mitgliedschaft der SPD wird Abrechnung halten mit den Verrätern, über die Köpfe der polizeitreuen Führer hinweg wird die Masse der SPD-Arbeiter die Einheitsfront mit den Kommunisten bilden und unter Führung der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der KPD, den Kampf gegen das kapitalistische Regime aufnehmen!

Statt Brotpreis-Senkung neue Erhöhun

Der Schwindel in Berlin geplatzt / Seit 4 Wochen 16% Brotpreissteigerung in Bautz

Berlin, 10. Mai.

Das Reichsernährungsministerium teilt mit, daß gemäß einer Besprechung mit den Bäckereien der Brotpreis statt auf 50 auf 47 Pfennig erhöht bleibt. Dazu teilt der Berliner Montag-Morgen mit, daß auch diese Nachricht in dieser Form irreführend ist. „Die **Vereinbarungen der Regierung** sind nur mit den im Zweckverband der Berliner Bäcker zusammengeschlossenen **Kleinbäckern** erfolgt. Diese erzeugen zusammen **nur etwa 25 Prozent** der für den hauptstädtischen Konsum benötigten Brotmengen. **Mit den für die Brotversorgung unentbehrlichen Großbetrieben dagegen sind Verhandlungen überhaupt nicht geführt worden.** Das Ernährungsministerium glaubt vielmehr, daß der Druck des billigeren Kleinbäckerbrotes genügen werde, die Fabriken zu einer freiwilligen Preisherabsetzung zu zwingen. **Die Brotfabriken erklären jedoch, dies sei ein Irrtum. Sie würden bei ihrem Preis bleiben; im Gegenteil hätten sich sogar die wenigen Brotfabriken,** die bisher noch zu 46 Pfennig verkauften, — **gleichfalls zu einer Erhöhung** entschließen müssen. Die meisten Fabriken berechnen **gegenwärtig 50 Pfennig; einzelne, wie Berlins größter Bäckereibetrieb, die Firma Wittler, sogar 52 Pfennig."**

Die Regierung Brüning-Schiele hat den Brotpreis gesenkt. Sie hat dann erklärt, sie werde ihn „lenken", womit sie meinte, daß der Brotpreis zwar bleibt, aber nicht in einem solchen Ausmaß. Herausgekommen ist: die **Brotpreissteigerung bleibt in Bautzen, bleibt im Reich, und sie setzt sich sogar, wie in Bautzen, weiter fort! Damit zeigt sich auch das politische Verbrechen der Regierung, die den KPD-Antrag auf sofortige Reichstagseinberufung zur Stellungnahme gegen den Brotwucher ablehnte, in seiner ganzen Größe.**

Kampf gegen Brotwucher und Brüning-Diktatur, Abrechnung mit den SPD-Komplis der Brotwucherer, rote Einheitsfront der KPD ist die Losung!

*

Bautzen, 10. Mai.

Hier wurde der Brotpreis vor einem Monat um 5 Pfennig gesteigert. Jetzt wird eine neue Erhöhung um weitere 4 Pfennig für den Vierpfünder bei der ersten Sorte und um 5 Pfennig bei der zweiten Sorte vorgenommen. Die Steigerung des Brotpreises innerhalb des letzten Monats beträgt etwa 16 Prozent.

Brüning: „In 14 Tagen kommen unsere Maßnahmen"

Gestern abend hielt der Reichskanzler Brüning eine große politische Rede auf einer Zentrumsversammlung in Cloppenburg. Er erklärte, es müsse „gespart" werden und in 14 Tagen werde die Regierung ihre neue Notverordnung betr. der Arbeitslosenversicherung verkünden. Die Regierung habe bestimmte Gründe, weshalb sie nicht sofort, sondern erst in 14 Tagen mit ihren Maßnahmen hervortrete. (Auf Ersuchen der SPD-Führer soll nämlich die Notverordnung erst nach dem SPD-Parteitag herauskommen, um die proletarischen Delegierten nicht zu sehr zu beunruhigen. Anm. der Red.)

Brüning warnte weiter die Nazиführer, ihre soziale Demagogie zu übertreiben, denn, sagte er, die aufgebrachten Massen werden nicht den Nationalsozialisten folgen, sondern einer radikaleren Partei (nämlich den Hitler-Verrat erkennend, zur KPD kommen. d. Red.) Am Schluß hetzte Brüning noch gegen das Freidenkertum und kündigte **neuen Terror gegen die Freidenkerbewegung an.**

Sudetendeutscher Rum[illegible]en

Gestern stieg in Dresden der von der sächsischen Schieck-Diktatur eifrig betriebene sudetendeutsche Bourgeoisrummel unter Beteiligung faschistischer Studenten aus Prag und Dresden und der Dresdner Stahlhelmer. Es sprachen Schieck, Kütz, Brešni (Prag) usw. **Von der Zusammenarbeit der sudetendeutschen Bourgeoisie mit der tschechischen gegen die Volksmassen wurde natürlich nicht gesprochen, sondern statt dessen drosch man chauvinistische Phrasen!**

Die nationale Befreiung der sudetendeutschen Werktätigen kann nur durch den sozialen Befreiungskampf gegen die verbündeten sudetendeutschen und tschechischen Kapitalisten und gegen die Schieck und Brešni erfolgen.

Kerkerstrafen über Kerkerstrafen ge[illegible] Genossen Schneller

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Genosse Schneller wurde am Freitag vom Schöffengericht Berlin-[illegible] wegen öffentlicher Beleidigung in der Presse zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Anklage wurde erhoben wegen eines Artikels in der Roten Fahne mit der Ueberschrift **„Arbeiterfaust in Zörgiebels Fresse".** Wie erinnerlich, hat im November v. J. ein Prozeß gegen den kommunistischen Stadtverordneten Schwarz stattgefunden, **in dem der damalige Polizeipräsident Zörgiebel als Zeuge auftrat** und beim Verlassen des Gerichtssaales **von dem Arbeiter Heidrich einige Ohrfeigen** erhalten hat. Die Rote Fahne wurde damals, auf Grund einer Schilderung des Vorgangs, auf **zehn Tage verboten.** Doch Zörgiebel und die Klassenjustiz gaben **sich damit nicht zufrieden,** sie erhoben gegen den Genossen Schneller als verantwortlichen Redakteur **Anklage, deren Ergebnis dieses Urteil ist.**

Mit diesem Urteil ist ein weiteres Glied in der Kette der **Verfolgungen gegen das Zentralorgan der Kommunistischen Partei** und seine Redakteure geschlossen. Gegen den Genossen Schneller wurden in den letzten Wochen **mehrere Strafverfahren wegen Pressevergehen durchgeführt und teilweise hohe Gefängnisstrafen** verhängt. **Der Reichstag hat mit Zustimmung der Sozialdemokratie den Genossen Schneller der Klassenjustiz ausgeliefert.** Die Arbeiterschaft protestiert gegen die Verfolgung der kommunistischen Zeitungen und ihrer Redakteure und beantwortet den Polizei- und Justizterror mit **verstärkter Werbung für Partei und Presse.**

Weißgardistische Fälscher von Sowjetwechseln

In Berlin ist eine große Fälschung von Sowjetwechseln aufgedeckt worden. Einer Geschäftsfrau wurden Wechsel über [illegible] hunderttausend Mark, angeblich ausgestellt von der Handelsvertretung der UdSSR, angeboten und weitere Wechsel bis zu Millionen in Aussicht gestellt. Die Fälschungen waren täuschend ähnlich ausgegebenen Wechseln genau nachgemacht, aber doch so plump, daß sie entdeckt wurden. Verblüffend ist nur, wieso die Fälscher Kenntnis von den echten Wechseln haben konnten. Das ist [illegible] so zu erklären, daß diese in einer der Berliner Banken, in der die echten Wechsel vorlagen, durch einen dort beschäftigten Angestellten oder Weißgardisten kopiert wurden. Die Polizei hat [illegible] Fälscher verhaftet. Alle vier sind russische Weißgardisten. Im Hintergrund scheint eine weißgardistische Fälscherorganisation zu stehen.

Die spanische Gegenrevolution stößt vor

Monarchistische Provokation / Blutige Zusammenstöße und Streiks

Nach Meldungen der bürgerlichen Montagpresse kam es in Madrid zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Republikanern und Monarchisten. Die Monarchisten haben nach einer Versammlung demonstrativ in Automobilen die Straßen durchfahren und Wahlaufrufe verteilt. Ihre Rufe: „Hoch lebe der König! Nieder mit der Republik!" lösten bei der Menge größte Empörung aus. Mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!" schlugen sie die Monarchisten nieder. Daraufhin versuchten die Massen das Gebäude der monarchistischen Zeitung zu stürmen. Es gab viele Verwundete, davon zwei schwere. Die Taxichauffeure haben sofort den Streik begonnen. Man rechnet mit Ausbruch des Generalstreiks. Die Straßen sind von Polizei und Gendarmerie besetzt.

Von der Mehrzahl der Republikanisch-Gesinnten wird die republikanische Regierung als sehr lau bezeichnet. Es sind für die Zukunft schwerwiegende Ereignisse zu erwarten. Weiter wird gemeldet, daß der ehemalige Ministerpräsident und Diktator, General Berenguer, wieder in Freiheit gesetzt ist auf Veranlassung des obersten Heeres- und Marinegerichts. Die Gegenrevolution in Spanien stößt vor.